

VERBÄNDE: Beim Pächterverband sind alle direkt Mitglied auf nationaler Ebene

Pächterverband wird neu lanciert

Frischer Wind beim Schweizerischen Pächterverband: Der Verband stellt sich neu auf. Er will stärker sichtbar werden und politisch Einfluss nehmen. Dass mit Alois Huber ein Nationalrat Präsident ist, wird helfen.

DANIEL SALZMANN

Seit Peter Kistler vor zwei Jahren als Präsident zurückgetreten ist, führten Stefan Schöpfer und Gilles Cretegnay den Schweizerischen Pächterverband (SPV) als Vizepräsidenten. Schöpfer begrüßte in Alterswil FR rund 40 Delegierte und Gäste zur 63. Delegiertenversammlung des SPV und sagte gleich, dass diese Versammlung im Zeichen der Veränderung stehe. «Das Gute erhalten und zugleich neue Wege beschreiten», sei die Devise. Zuerst galt die Aufmerksamkeit der Jahresrechnung 2021, die der SPV-Geschäftsführer Benjamin Pulver vorstellte. Dort standen sich Einnahmen und Ausgaben von jeweils knapp 15000 Franken gegenüber. Der Posten «Löhne Vorstand» umfasste nur 650 Franken. So warnten Toni Niederberger und Ernst Galliker denn auch in ihrem Revisorenbericht: «Etliche Personen machen ihre Leistungen nicht oder nur teilweise geltend.» In der Bilanz waren per Ende 2021 flüssige Mittel in der Höhe von gut 26000 Franken und 3900 Franken an ausstehenden Mitgliederbeiträgen aufgeführt.

«Pachtrecht verteidigen»

Finanzielle Schwierigkeiten waren eines der Probleme, die dazu führten, dass sich der SPV-Vorstand vor zwei, drei Jahren sagte: «So, jetzt muss etwas gehen.» Hinzu kam, dass die Regio-



Mathias Gerber aus Mont-Tramelan BE (rechts) leitete die Arbeitsgruppe für die Reorganisation des Schweizerischen Pächterverbandes. Er stellte diese vor. Ihm hörten Geschäftsführer Benjamin Pulver (links) und Vizepräsident Stefan Schöpfer zu. (Bild: Daniel Salzmann)

nalverbände Mitglieder verloren, obwohl nahezu gleich viel Land als Pachtfläche bewirtschaftet wird. Und die Regionalverbände, die zusammen den SPV bildeten, hatten Mühe, die Vorstandsposten zu besetzen. Auch wurden die Informationen nicht zuverlässig weitergegeben. Der Vorstand fand mit Mathias Gerber, Präsident von Mutterkuh Schweiz, eine Person, die sich unentgeltlich als Leiter der Arbeitsgruppe für die Reorganisation zur Verfügung stellte. «Ohne Gerber wären wir nicht da, wo wir jetzt stehen», lobte ihn Schöpfer. Gerber erklärte, er erinnere sich gut an das Jahr 1984. Da sei er zwölf Jahre alt gewesen, und kurz vor Einführung des Pachtgesetzes sei der Betrieb, den seine Eltern gepachtet hätten, verkauft worden. Zum Glück hätten sie dort bleiben können, aber

die Errungenschaften des heutigen Pachtgesetzes müssten verteidigt werden.

30 Minuten Beratung

Gerber schlug neue Strukturen und neue Statuten vor, die einstimmig genehmigt wurden. Dabei wird die Struktur der Regionalverbände aufgegeben, die bestehenden Verbände haben zugesagt, sich bald aufzulösen, und sind gehalten, ihr Vermögen an den SPV zu übertragen. In den Regionen bleiben sogenannte Sektionen Ansprechpartner und Bindeglieder. Neu werden alle Mitglieder direkt im nationalen Verband eingetragen. Schon jetzt hat der SPV über 50 Direktmitglieder aus dem Kanton Bern, nachdem sich der dortige Verband plötzlich aufgelöst hatte. An die alljährliche Generalversamm-

lung sind sämtliche SPV-Mitglieder eingeladen und wählen dort unter anderem den Vorstand. Die Mitgliederverwaltung übernimmt der Freiburger Bauernverband. Als Mitgliederbeitrag wurden 60 Franken bestimmt. Schöpfer betonte, das brauche es. Jedes Mitglied hat dafür 30 Minuten telefonische Erstberatung durch den Geschäftsführer zugute. Der SPV will Mitglieder gewinnen, für 2021 rechnet er mit deren 510. Doch wenn sich SVP-Nationalrat Alois Huber, Pächter auf Schloss Wildegg AG, nicht als Präsident zur Verfügung gestellt hätte, wäre aus der Reorganisation vielleicht nichts geworden. Gewählt wurde er mit grossem Applaus. Schöpfer freute sich sehr darüber, dass Huber mit seinen Kenntnissen und seinem Netzwerk das Amt übernimmt.

PÄCHTERINNEN

In der Diskussion zu den neuen Statuten sagte Bernhard Koch, Leiter Landwirtschaft von Grün Stadt Zürich: «Ich beantrage, dass wir im Namen unseres Verbandes auch die Pächterinnen erwähnen. Und es ist eine Chance, die wachsende Zahl von Pächterinnen für unseren Verband zu gewinnen.» Es gab ein kleines Murren in der Versammlung, einer sagte halblaut, das werde dann aber ein langer Name, wenn es immer heissen müsse «Schweizerischer Pächterinnen- und Pächterverband». Diskussionsleiter Mathias Gerber formulierte daraus den Antrag, dass die weibliche Wortform im Namen vertreten sein müsse und dass der Vorstand die genaue Lösung finden müsse. Dieser Vorschlag wurde von den Delegierten ohne Gegenstimme angenommen. sal

VORSTAND

Alois Huber, Wildegg AG (Präsident); Stefan Schöpfer, Rengg LU, Sektion Luzern (Vizepräsident); Gilles Cretegnay, Pully VD, Sektion Romandie (Vizepräsident); Robert Zurkinden, Düringen FR, Sektion Romandie; Martin Rupp, Liestal BL, Sektion Nordwestschweiz und Region Bern; Hans Aregger, Koppigen BE, Sektion Nordwestschweiz und Region Bern; Beat Odermatt, Goldau SZ, Sektion Zentralschweiz; Markus Kuster, Diepoldsau SG, Sektion Ostschweiz. sal

NACHRICHTEN

«Sofort aufhören mit Extensivierung»



An einem Sessionsrückblick in Uetendorf BE sagte ETH-Agronom und Nationalrat Albert Röstli (SVP, BE), der Selbstver-

sorgungsgrad der Schweiz betrage nur noch 57%. Er dürfe jetzt keineswegs noch weiter sinken, wie es die letzten Agrarreformen mit ihrer Ökologisierung («trefender ist Extensivierung», korrigierte sich Röstli selbst) jeweils bewirkt hätten. Der Bundesrat müsse aber in einem Bericht jetzt aufzeigen, wie er den Selbstversorgungsgrad mindestens halten wolle. Röstli sagte aber auch, dass es mit der Produktion allein nicht getan sei, man müsse auch an die Produktionsmittel denken. Beim Dünger, den man importiere, müssten Alternativen für den Lieferanten Russland gefunden werden. Bei den Futtermitteln könnte die Schweiz selbst mehr produzieren, was laut Röstli ökologischer wäre, als diese von weither zu importieren. Röstli kam auch auf die Energiefrage zu sprechen. Komme es zu einem Stromausfall, wie er leider wahrscheinlicher geworden sei, müsse spätestens nach drei Tagen die Polizei aufgeboten werden. Denn die Leute würden in Panik geraten und Lebensmittelläden plündern, die ohne Strom geschlossen bleiben müssten. Röstli warnte davor, dass der forcierte Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen die Stromknappheit im Winter noch verstärke, was dann Gaskraftwerke benötige, was ja eigentlich «pervers» sei. Gar kein gutes Haar liess Röstli an Bundespräsident Ignazio Cassis und seiner Kommunikation der Sanktionen gegen Russland und an seinem Auftritt an der Anti-Russland-Demo in Bern. Mit Cassis an der Spitze im UNO-Sicherheitsrat, da sage er «Gott bewahre». sal

WELTERNÄHRUNG: Laut Bauernverband hat Schweiz Verantwortung, das Produktionspotenzial auszuschöpfen

«Bundesrat darf hiesige Produktion nicht senken»

Bald befindet der Bundesrat über eine parlamentarische Initiative. Mit dieser würde die pflanzliche Produktion sinken.

DANIEL SALZMANN

Die SVP fordert, öffentlich und in der Form einer Motion von Landwirt und Nationalrat Jacques Nicolet (SVP, VD), mehr Essen von hier und sofortige Anreize zu einer Mehrproduktion von Brotgetreide, Ölsaaten, Kartoffeln, Gemüse und Zucker. Bundesrat Guy Parmelin sagte am Freitag denn auch in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger»: «Es wäre möglich, für die Ernte 2023 die Aussaat anders zu planen. Wir prüfen Anreize, um gewisse Kulturen zu fördern.»

Weniger Pflanzenkalorien

Die politischen Zeichen stehen derzeit aber nicht auf eine Mehrproduktion, sondern auf eine Minderproduktion, und zwar nicht unbedingt beim heutzutage vielgescholtenen Fleisch, sondern bei den pflanzlichen Kulturen, die buchstäblich in aller Munde sind. Das machte Martin Rufer, Direktor des Schweizer Bauernverbandes, an der Versammlung des Vereins Landwirtschaft Bern Mittelland (LBM) am Dienstagabend in Schönbühl BE deutlich, als er auf die parlamentarische Initiative (Pa.Iv.) mit den zwei Absenkpfeilen verwies. Diese



SBV-Direktor Martin Rufer: «Die Schweiz hat das Geld, um anderen das Essen wegzukaufen.» (Bild: Daniel Salzmann)

führt nämlich zu einer Minderproduktion, selbst dann, wenn der technische Fortschritt in den Modellierungen wie üblich etwas unterschätzt sein sollte (vgl. Kasten). Für Rufer ist der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 24. Februar eine «Zeitenwende», ein «game changer», dessetwegen eine neue Ausgangslage für die Prioritätens-

zung in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft entstanden sei. Die Schweizer Bevölkerung werde nicht Hunger leiden müssen, so Rufer. «Wir haben das Geld, um anderen das Essen wegzukaufen», so Rufer. Ägypten aber sei darauf angewiesen, Lebensmittel einzukaufen, was jetzt wegen des Kriegs in der Ukraine stark erschwert sei. Rufer fordert

deshalb, dass der Bundesrat bei der Pa.Iv. darauf verzichtet, auf der Ackerfläche neu mindestens 3,5% Biodiversitätsfläche zu verlangen, darauf verzichtet, die 10%-Toleranzgrenze bei der Suissebilanz abzuschaffen und darauf verzichtet, die Nährstoffüberschüsse bis 2030 um 20% abzusinken (minus 10% trägt Rufer mit). «Es wäre unverständlich, wenn die Schweiz in der aktuellen Situation einen Schritt zurück machen würde», so Rufer.

Lüscher hinterfragt IPS

LBM-Präsident Markus Lüscher schlug vor: «Wir könnten beim Brotgetreide noch etwas machen in den nächsten drei Wochen. Wir könnten wegkommen vom Prinzip der letzten Jahre: säen, hoffen und vielleicht etwas ernten, Direktzahlungen nehmen. Und neu wieder machen: säen, Kulturen schützen, ernten. Allfällige Überschüsse könnten wir in die Gegenden senden, wo die Leute massiv Hunger haben könnten.» Aktuell importiere man zur Beimischung Weizen, um den letzten Jahr geernteten Labelweizen überhaupt verkaufen zu können. Für diese Attacke gegen IP-Suisse hatte Rufer kein Gehör. Er sagte: «Es ist nicht geregelt, ob und wie der Bund helfen würde bei Überschüssen.» Es bestehe die Gefahr, dass die Produzenten Deklassierungen bezahlen müssten.

MINUS 11 % BEI BROT

Die parlamentarische Initiative mit den zwei Absenkpfeilen für die Pestizidrisiken und die Nährstoffverluste wurde im März 2021 vom Eidgenössischen Parlament beschlossen. Ende April 2021 schickte der Bundesrat ein Paket von Umsetzungsverordnungen in die Vernehmlassung, die bis Mitte August dauerte. Nun hat der Bundesrat diese ausgewertet und laut Martin Rufer wird er in den nächsten drei Wochen die definitiven Verordnungen beschliessen, die am 1. Januar 2023 in Kraft treten sollen. Gemäss einer Modellierung, welche die Forschungsanstalt Agroscope machte, werden sich die Produktionsmengen wegen der Massnahmen zum Verzicht auf Pflanzenschutzmittel (PSM) (für 2026 werden 152000 ha ohne PSM modelliert, 2019 waren es 86000 ha) bis 2026 deutlich verringern: minus 17% bei den Ölsaaten, minus 11% beim Brotgetreide, minus 10% beim Zucker, minus 5% bei den Kartoffeln, minus 17% beim Futtergetreide. Der Brutto-Selbstversorgungsgrad wird laut Bund von 59% im Jahr 2019 auf 54,2% im Jahr 2026 fallen, der Nettoselbstversorgungsgrad von 52% im Jahr 2019 auf 46,8% im Jahr 2026. sal

Munz stellt Fragen zur Geflügelzucht



ETH-Agronomin und Nationalrätin Martina Munz (SP, SH) hat eine Interpellation zur Eier- und Geflügelzucht eingereicht.

Munz will vom Bundesrat wissen, ob er die Notwendigkeit erkennt, züchterische Massnahmen in der Geflügelzucht zu ergreifen, um Tierleid zu vermindern. Sie stellt Fragen zu den Möglichkeiten, die der Bund habe, «um eine tiergerechte Eier- und Geflügelfleischproduktion zu gewährleisten», zu züchterischen Alternativen, ob der Bund bereit ist, beim BTS-Programm eine längere Lebensdauer einzuführen und welche Massnahmen unternommen werden können, dass bei Poulets im Raus-Programm mit Freilandhaltung höhere Marktanteile erzielt werden (aktuell 8 Prozent). hal

Sitzstreik gegen den Klimawandel

Am globalen Klimastreiktag gingen auch in verschiedenen Schweizer Städten Klimaaktivistinnen und -aktivisten auf die Strasse. Im bündnerischen Davos machten am Freitagvormittag etwa ein Dutzend Jugendliche mit einem Sitzstreik den Anfang. Mit einer regionalen Petition fordert die Gruppierung die Gemeinde auf, beim CO₂-Ausstoss das Ziel «Netto null 2030» zu verfolgen. sada